

## **Beschluss des Landrats vom 31.08.2023**

Nr. 29

### **8. Standesinitiative Individualbesteuerung – endlich Gleichstellung im Steuerrecht** 2020/541; Protokoll: pw, mko

Kommissionspräsident **Florian Spiegel** (SVP) sagt, der Landrat habe die Motion von Pascale Meschberger am 4. November 2021 überwiesen. Mittlerweile gab der Bundesrat bereits einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Individualbesteuerung in die Vernehmlassung. Weil der Regierungsrat in seiner Antwort Umsetzungsschwierigkeiten geortet und sich gegen eine Verkomplizierung des Steuersystems ausgesprochen hat, hat der Landrat ihn mit einem dringlichen Postulat von Saskia Schenker dazu aufgefordert, den Auftrag aus der Motion rasch umzusetzen. Mit der vorliegenden Landratsvorlage beantragt der Regierungsrat dem Landrat nun, die Standesinitiative gemäss seinem Entwurf zu beschliessen und die beiden Vorstösse abzuschreiben.

Eintreten war in der Finanzkommission unbestritten.

Die Finanzkommission ist sich einig, dass die Standesinitiative eingereicht werden soll – auch wenn in der Zwischenzeit einiges passiert ist. Es ist ihr wichtig, auf Bundesebene das Signal abzugeben, dass der Landrat in Vertretung des Stimmvolks die Einführung der Individualbesteuerung ganz grundsätzlich unterstützt und fordert.

Einige Mitglieder waren irritiert über den Textentwurf des Regierungsrats, weil er ein ganz anderes Thema priorisiere, nämlich die Vereinfachung des Steuersystems. Dies sei ein Dauerauftrag für Regierung und Verwaltung. Abgesehen davon sei auch selbstverständlich, dass ein neues Steuersystem einen gewissen Initialaufwand für Steuerpflichtige und Steuerverwaltungen mit sich bringe. Würde die Vereinfachung des Steuersystems als unabdingbar vorausgesetzt, wie es der Regierungsrat vorschlägt, würde dies eine Hürde für die Einführung der Individualbesteuerung darstellen – obwohl sich die Bevölkerung und auch die kantonalen Parlamente immer wieder klar dafür ausgesprochen hätten. Andere Kommissionsmitglieder störten sich an der Formulierung des Regierungsrats nicht, sondern zeigten Verständnis für die Forderung nach einer Vereinfachung des Steuersystems. Schliesslich einigte sich die Kommission, einige Änderungen am Schreiben an den Bund und am Landratsbeschluss anzubringen, damit klar wird, dass die Vereinfachung des Steuersystems möglichst für alle Betroffenen zwar ein Anliegen ist, aber nicht als unabdingbare Voraussetzung gelten soll. Die genaue Formulierung gemäss Kommission kann dem Kommissionsbericht entnommen werden. Ein Antrag, im Landratsbeschluss die Forderung nach einer Vereinfachung des Systems als sachfremd komplett zu streichen, ist in der Kommission klar unterlegen. In der Diskussion plädierte ein Mitglied noch dafür, aber stellte schliesslich keinen Antrag, in der Standesinitiative zu erwähnen, dass mit ihr keine Steuersenkung oder -erhöhung «durch die Hintertür» verfolgt werde; sondern dass eine Individualbesteuerung eingeführt werden solle, welche die Belastung für Steuerpflichtige möglichst auf dem gleichen Niveau belasse. Damit könne auch auf die Befürchtung von verschiedenen Kantonen reagiert werden, dass die Individualbesteuerung für sie Mindereinnahmen bedeuten würde. Verschiedene Mitglieder hielten dem entgegen, wegen den gleichstellungspolitischen Hintergründen der Forderung nach einer Individualbesteuerung (insbesondere die Abschaffung von Heirats- und Konkubinsstrafen und die vermehrte Eingliederung von erwerbsfähigen Frauen in den Arbeitsmarkt durch die Vermeidung von Fehlanreizen) werde es unweigerlich zu Verschiebungen in der Steuerbelastung kommen. Darum solle sich die Standesinitiative zu diesem Thema nicht äussern. Wie eine Systemvereinfachung seien auch Steuer mindererträge nicht Sache der Standesinitiative selber. Jede zusätzliche Vorgabe sei im Übrigen ein Risiko, dass sich jemand gegen die Individualbesteuerung als solche stelle.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 13:0 Stimmen Zustimmung zum von ihr geänderten Landratsbeschluss.

– *Eintretensdebatte*

**Andrea Heger** (EVP) sagt, die EVP bestreite das Eintreten und stelle einen Antrag auf Nicht-Eintreten. Das Thema sprudelt bereits aus nationalen Quellen und es erscheint nicht notwendig, noch von kantonaler Seite Wasser hineinzugiessen. Der Bundesrat hat gestern verlautbaren lassen, wie er gedenkt, den Auftrag umzusetzen. Die EVP erachtet es auch als inhaltlich nicht passend. In der Botschaft des Bundes ist sehr offen formuliert, dass vor allem Einverdienermodelle und Familienmodelle mit einem kleinen Zweitkommen benachteiligt werden. Hier geht es aber um die Standesinitiative, die nach Bern geschickt werden soll. Es wurde gesagt, dass es sich um ein wichtiges Signal handle, das endlich gesendet werden solle, weil es die Bevölkerung unbedingt so wolle. Die EVP ist ein kleiner Teil der Bevölkerung und möchte, dass auch diese Stimme gehört wird. Nicht die gesamte Bevölkerung findet eine Individualbesteuerung notwendig. Der Regierungsrat hat nun auf Druck des Landrats einen Vorschlag für die Standesinitiative vorgelegt und hat das Anliegen immerhin so in Richtung der EVP abgeschwächt, dass das neue Steuermodell eine Vereinfachung des Systems darstellen soll. Aus Sicht der EVP wird aber die Individualbesteuerung unter dem Deckmantel der Gleichstellung, der Frauenförderung und der Abschaffung der Heiratsstrafe genutzt, um ein neue Strafe einzuführen, indem ein Familienmodell bevorzugt wird. Die Individualbesteuerung bringt einen administrativen Mehraufwand, neue Ungerechtigkeiten und eine staatliche Gängelung von Familienmodellen. Die EVP möchte dies so nicht unterstützen.

**Simon Oberbeck** (Die Mitte) sagt, die Mitte-Fraktion unterstütze den Antrag auf Nicht-Eintreten. Die Fraktion hatte schon die Überweisung der Motion abgelehnt. Die Individualbesteuerung ist kein Allheilmittel; sie wird neue Ungerechtigkeiten schaffen. Die Mitte ist nach wie vor der Meinung, die Heiratsstrafe solle abgeschafft werden, jedoch nicht auf diesem Weg.

**Pascale Meschberger** (SP) spricht sowohl als Motionärin als auch als Fraktionssprecherin. Selbstverständlich ist die SP-Fraktion für Eintreten. Wie schon vor einigen Monaten diskutiert, ist die Standesinitiative mittlerweile etwas aus der Zeit gefallen, weil bereits eine Vernehmlassung zum Vorschlag des Bundesrats stattgefunden hat und nun bereits wieder ein neuer Vorschlag vorliegt, der viel zu diskutieren geben wird. Nichtsdestotrotz ist die Standesinitiative immer noch wichtig. Es geht um Gleichberechtigung und auch im Steuergesetz sollen keine Kompromisse mehr eingegangen werden. Dem Bund soll weitergegeben werden, dass ein Kanton mehrheitlich hinter der Individualbesteuerung steht; dies gerade auch, weil sich viele Regierungsräte negativ gegenüber der Individualbesteuerung geäußert haben. Pascale Meschberger bittet darum, auf die Vorlage einzutreten.

Seitens SP wird es später noch einen Antrag geben.

Die FDP-Fraktion, so **Saskia Schenker** (FDP), sei selbstverständlich auch für Eintreten. Es handelt sich um sehr wichtiges Anliegen der FDP. Sie möchte diejenigen, die dagegengeredet haben, in Erinnerung rufen, um was es grundsätzlich geht. Es geht um die Abschaffung der Heiratsstrafe. Wird nun zur Individualbesteuerung Nein gesagt und argumentiert, es gebe zur Abschaffung der Heiratsstrafe bessere Modelle, dann muss Saskia Schenker einwenden, dass kein anderes Modell auf dem Tisch liegt. Die Standesinitiative ist aber nicht nur ein Signal zur Abschaffung der Heiratsstrafe, sondern für die steuerliche Gleichbehandlung aller Zivilstandformen. Es soll steuerlich nicht mehr unterschieden werden zwischen den unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens. Drittens wird immer wieder von Frauenförderung und darüber gesprochen, dass die Hürden gesenkt werden müssen, damit Frauen verstärkt am Arbeitsmarkt teilnehmen. Das Modell der Individualbesteuerung ist, wie unterschiedliche Studien zeigen, dasjenige Modell, welches die Erwerbsanreize am stärksten fördert. Es lohnt sich somit auch für einen Zweitverdiener, überhaupt zu arbeiten und

höherprozentig zu arbeiten.

Es ist klar, dass über die Art der Umsetzung in Bundesbern diskutiert werden muss. In der Kommission gab es denn auch Diskussionen, wie viele Aussagen die Standesinitiative über die Umsetzung machen soll. Mit dem Kommissionsvorschlag kann der Regierungsrat dazu angehalten werden, in der Finanzdirektorenkonferenz nicht zurückhaltend zu sein und zu sagen, die Individualbesteuerung könnte zu kompliziert oder zu aufwändig werden. Vielmehr soll der Regierungsrat helfen, eine gute Lösung zu finden. Aus dem gleichen Grund enthält der Kommissionsvorschlag auch keine Aussage zur steuerlichen Belastung per se. Wie vom Kommissionspräsidenten dargelegt kommt man bei einer grossen Steuerreform fast nicht drum herum, eine steuerliche Entlastung zu geben, damit nicht allzu viele Menschen von einer Steuererhöhung betroffen wären. Es wird also Veränderungen geben bei den Steuern. Es ist Aufgabe des nationalen Parlaments, zu diskutieren, wo die genau zu liegen kommen und wie das System austariert werden kann.

Der Landrat hat schon einmal Ja gesagt zur Standesinitiative. Saskia Schenker möchte an die neuen Kolleginnen und Kollegen das Signal senden, dass es sehr komisch wäre, wenn der Landrat nun nach den zwei bereits überwiesenen Vorstössen zurückkriechen würde.

**Markus Brunner** (SVP) findet die angestossene Diskussion etwas überraschend. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten unter dem Motto «bringt es nichts, schadet es nichts», aber Begeisterung ist keine da. Sie war damals auch gegen eine Überweisung der Motion für die Standesinitiative. Hier ist nun aber der falsche Rahmen, um diese Diskussion zu führen, da dies auf Bundesebene passieren muss. Markus Brunner weiss aus seiner Berufspraxis heraus, wie schwer es werden wird, eine Lösung zu finden.

**Christina Wicker-Hägeli** (GLP) äussert, die GLP-Fraktion sei grossmehrheitlich für Eintreten. Das Steuersystem in der Schweiz ist veraltet und es soll etwas unternommen werden, um die negativen Erwerbsanreize aus der Welt zu schaffen. Die Vernehmlassung beim Bund ist abgeschlossen und die Stellungnahmen sind gemischt ausgefallen. So wurde etwa gesagt, die vom Bundesrat vorgeschlagenen Varianten würden das Ziel der Chancengerechtigkeit aus den Augen verlieren. Um mehr Chancengerechtigkeit im Erwerbsleben zu erreichen, müssten zwingend die negativen Arbeitsanreize abgebaut werden. Dieser Aspekt geht bei beiden Varianten unter. Die GLP möchte die Standesinitiative an den Bund weiterleiten und ist überzeugt, dass das Bundesparlament eine gute Lösung für diese Knacknuss finden wird.

**Fredy Dinkel** (Grüne) sagt, in der Grüne/EVP-Fraktion gebe es unterschiedliche Haltungen. Andrea Heger hatte sich bereits für die EVP geäussert. Die Grünen möchten die Standesinitiative aber unterstützen; vor allem, wenn die Individualbesteuerung wie in der Finanzkommission diskutiert auch noch zu einer Vereinfachung des Steuersystems führt.

**Sabine Bucher** (GLP) spricht als Steuerexpertin und hat das Gefühl, dass es sich um einen Wunschtraum handle, dass die Individualbesteuerung eingeführt werde und dies gleichzeitig eine Vereinfachung sei. Wie Saskia Schenker bereits gesagt hat, wird eine neutrale Ausgestaltung nicht möglich sein. Wird die Heiratsstrafe abgeschafft, werden gewisse Personen weniger Steuern bezahlen. Andere müssen dann diesen Ausfall kompensieren. Insgesamt werden immer noch die gleichen Steuereinnahmen benötigt. Es gibt im Moment ein relativ gerechtes Steuersystem und es ist schwierig, dies mit einer Individualbesteuerung noch gerechter auszugestalten.

**Peter Riebli** (SVP) hat viele Argumente für und gegen eine Individualbesteuerung und für und gegen eine Standesinitiative gehört. Ein Argument wurde jedoch noch nicht genannt: Eine Standesinitiative ist das Papier nicht wert, auf der sie geschrieben wird. Wer glaubt, in Bern würde irgendjemand seine Meinung ändern, nur weil eine Standesinitiative eingereicht wurde, der irrt sich

gewaltig. In Bern läuft der Prozess bereits und es spielt überhaupt keine Rolle mehr, ob nun die Standesinitiative nachgereicht wird oder nicht. Fraktionskollege Markus Brunner hatte gesagt «bringt es nichts, schadet es nichts». Wäre die heutige Einreichung der Initiative einfach so über die Bühne gegangen, hätte sich die SVP nicht dagegengestellt. Da nun aber ohnehin darüber diskutiert wird, besteht nun die Möglichkeit, der Verwaltung viel Arbeit zu ersparen.

**Marco Agostini** (Grüne) vertritt eine Minderheit bei den Grünen und sieht es auch so, dass die Standesinitiative überhaupt nichts bringt. Das Instrument der Standesinitiative sollte nicht für Dinge gebraucht werden, die nichts bringen. Eine Mehrheit des Landrats ist für eine Individualbesteuerung, dennoch sollte keine Standesinitiative eingereicht werden, wenn diese ohnehin nicht hilfreich ist. Die Diskussionen, die stattgefunden haben, wurden in Bern bestimmt schon gehört.

**Erika Eichenberger Bühler** (Grüne) kann nun doch nicht einfach stillsitzen. Ihr ist es ein extrem wichtiges Anliegen, die Standesinitiative nach Bern zu schicken. Das Papier ist bereits verfasst und Bundesbern soll den Druck aus den Kantonen spüren. Auch wenn das System in Basel-Landschaft schon ziemlich gut ist, ist eine gesamtschweizerische Lösung wichtig. Der Wille des Baselbieter Stimmvolks soll nach Bern geschickt und es soll mit Nachdruck eingefordert werden, dass eine gute Lösung geschaffen wird. Die Lösung wird bestimmt nicht nur einfach sein, aber sie soll für alle Lebensmodelle gerecht sein.

Für **Stefan Degen** (FDP) müssen Punkte beachtet werden: Der Bundesrat hat soeben seine Vorschläge präsentiert, insofern wäre der Zeitpunkt gut, um sich in die Diskussion einzubringen und mit der Standesinitiative nachzustossen. Das Kantonsparlament hat zudem mehrmals gesagt, dass es die Individualbesteuerung möchte. Insofern geht es nun darum, diesen Schritt endlich zu machen und dem Bund mitzuteilen, dass auch der Kanton Basel-Landschaft dafür ist. Die Finanzdirektoren der meisten Kantone haben sich dahingehend geäussert, dass ihr Kanton keine Individualbesteuerung möchte. In vielen Kantonen hat das Parlament diese Meinung korrigiert. Mit der Standesinitiative kann der Landrat zeigen, dass er eine andere Meinung hat als die Finanzdirektion.

Zum Argument, dass es besser wäre, das heutige Steuersystem zu behalten und die Heiratsstrafe einzeln anzugehen: In Basel-Landschaft wurde hierfür bereits eine Lösung gefunden. In gewissen Einkommensklassen fahren Verheiratete sogar besser als Nicht-Verheiratete. Neben der Heiratsstrafe gibt es aber auch eine Konkubinsstrafe. Das einzige System, das systematisch richtig ist, ist die Individualbesteuerung. Die Lebensrealität in den Familien hat sich nun mal geändert. Jedes Einkommen soll künftig systematisch richtig, zeitgemäss besteuert werden.

**Linard Candreia** (SP) stellt fest, in der Politik werde, wenn der Inhalt nicht passe, häufig die Form kritisiert. Dies ist hier der Fall. Marco Agostini kann er gar nicht verstehen, der zwar für den Inhalt ist, aber dennoch die Form kritisiert. Aus den Reihen der FDP wurde gut argumentiert. Es ist eine lange Geschichte und lange Geschichten dürfen ruhig mal zu Ende gehen, und zwar mit einem Signal nach Bern. Bern ist nicht so weit weg und der Landrat soll sich nicht allzu bescheiden geben, indem er sagt, es bringe nichts. Der Landrat hat einen Auftrag, den er erfüllen soll.

://: Der Landrat tritt mit 61:25 Stimmen bei 2 Enthaltungen auf die Vorlage ein.

– *Detailberatung Wortlaut Standesinitiative*

**Ronja Jansen** (SP) sagt, bei der Individualbesteuerung handle es sich um ein Steuer-Gleichstellungsprojekt, damit keine gewählte Lebensform gegenüber anderen bevorzugt oder benachteiligt werde. Dies ist eine gute und wichtige Sache. Die Einführung einer Individualbesteuerung soll aber nicht missbraucht werden, um generelle Steuersenkungen durch die Hintertür um-

zusetzen. Man kann durchaus für Steuersenkungen sein, dann aber bitte mit einer ehrlichen Debatte und offenem Visier. Auf Bundesebene zeichnet sich aktuell ab, dass das sinnvolle Projekt der Individualbesteuerung genau für Steuersenkungen auf hohe Einkommen missbraucht werden soll. Der Bundesrat hat gestern eine Vorlage präsentiert, die vorsieht, dass es in der gesamten Schweiz Steuerausfälle von rund CHF 1 Mrd. geben würde. Rund CHF 200 Mio. davon würden in den Kantonen anfallen, einige davon in Basel-Landschaft. Eine der Steuersenkungen, die eingeführt werden soll, ist eine Erhöhung des Kinderabzugs, welche die Stimmbevölkerung vor nicht langer Zeit schon ganz klar abgelehnt hat. So geht das nicht. Eine Vorlage zur Individualbesteuerung soll individuell besteuern und für mehr Gerechtigkeit sorgen und nicht einfach Steuern senken. Aus diesem Grund stellt Ronja Jansen den Antrag, in der Standesinitiative festzuhalten, dass die Neugestaltung der Steuerprogression im Zuge der Einführung der Individualbesteuerung so ausgestaltet wird, dass Steuerausfälle zumindest im Aggregat verhindert werden:

*«Die Bundesversammlung wird [...] eine Vereinfachung mit sich bringen. Die Individualbesteuerung soll aggregiert zu keinen Steuerausfällen führen».*

**Markus Brunner** (SVP) hält fest, dass dieser Antrag überraschend komme. Er konnte nicht in der Fraktion diskutiert werden. Dennoch spricht sich Markus Brunner im Namen seiner Fraktion klar gegen den Antrag aus. Es wird sehr schwierig, die Reform umzusetzen und allen gerecht zu werden. Wahrscheinlich muss mit gewissen Steuerausfällen gerechnet werden.

**Werner Hotz** (EVP) bemerkt, dass die Diskussion allmählich skurril werde. Vorher wurde über Eintreten diskutiert und jetzt wird festgestellt, dass eine Katze im Sack gekauft wird. Es kommen noch hundert Wünsche, die nach Bern gesendet werden sollen. Nun sind aber die in Bern am Drücker; der Landrat hat nichts mehr zu sagen. Natürlich ist es ein Anliegen, dass möglichst keine Steuerausfälle resultieren sollen. Aber um das geht es gerade nicht. Es geht nur darum, zu sagen, ob der Landrat stellvertretend für die Bevölkerung sagt, dass Basel-Landschaft die Individualbesteuerung möchte oder nicht. Werner Hotz weiss nicht, ob die Bevölkerung darüber abgestimmt hat, aber er glaubt es eher nicht. Und wie langsam festgestellt wird, ist das Baselbiet sehr vielfältig, und Werner Hotz ist nicht klar, ob das Baselbiet die Individualbesteuerung wirklich so will.

**Laura Grazioli** (Grüne) äussert, ein Teil der Grüne/EVP-Fraktion werde den Antrag ablehnen. Das Anliegen der Individualbesteuerung führt zwangsläufig dazu, dass insbesondere Zweiteinkommen weniger stark besteuert werden und somit irgendwo weniger Steuereinnahmen resultieren werden. Ob an einem anderen Ort eine Steuererhöhung stattfinden soll, was eigentlich sachfremd wäre, kann diskutiert werden, aber die Standesinitiative ist der falsche Platz dafür.

**Stefan Degen** (FDP) findet es rührend, wie sich hier einige plötzlich um die Staatsfinanzen kümmern, wenn es ihnen sonst meistens keine Rolle spiele, wo das Geld hingehet. Wohin die Dynamik der Steuereinnahmen gehen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genau gesagt werden. Sie wird jedoch in eine positive Richtung gehen, weil mit dem heutigen System viele Leute gebremst werden. Sehr viele Ehepaare arbeiten auf Sparflamme, weil sie eben nicht noch mehr Steuern bezahlen möchten. Dies geht – und hier kommt wieder die Gleichstellungsthematik ins Spiel – sehr oft zulasten der Frau, die dann 20 oder 30 Prozent arbeitet, um ja nicht einen bestimmten Steuerbetrag zu erreichen. Mit der Individualbesteuerung kann dieser Systemfehler behoben werden. Über alle Bevölkerungsschichten wird die Individualbesteuerung dazu führen, dass die Leute eher bereit sind, mehr zu arbeiten. Es wird mehr Arbeitstätigkeit geben und somit auch mehr Steuereinnahmen.

**Ronja Jansen** (SP) hat mit Widerstand gerechnet, möchte aber trotzdem noch zwei Punkte richtigstellen. Es wurde gesagt, der Antrag sei sachfremd. Wird eine Individualbesteuerung eingeführt,

dann muss die Steuerprogression zwangsläufig angepasst werden. Ronja Jansen hat das nicht selber erfunden, weil sie irgendwie Geld verteilen möchte. Es handelt sich um eine Tatsache und es liegt an der Politik, die Steuerprogression neu zu gestalten. Sie kann so gestaltet werden, dass es mehr, weniger oder keine Steuerausfälle gibt. Der Antrag ist nicht sachfremd, sondern lediglich eine Präzisierung des Anliegens einer Individualbesteuerung.

Ein zweiter Punkt: Stefan Degen hatte gesagt, Leute würden nicht arbeiten wollen, weil sie nicht noch mehr Steuern bezahlen möchten. Das ist ein ziemlich trauriges Menschenbild! In der Schweiz gibt es keine Besteuerung von über 100 %, womit sich mehr Arbeit immer lohnt. Es sollten keine solche Schreckgespenster an die Wand gemalt werden. Niemand verzichtet auf eine Berufstätigkeit, weil etwas mehr Steuern bezahlt werden müssen.

**Adil Koller** (SP) bezieht sich auch auf das Votum von Stefan Degen, der über die Grenzkosten von zusätzlichem Arbeitsvolumen gesprochen hatte. Er möchte daran erinnern, dass es sich beim grössten Teil der zusätzlichen Kosten aufgrund einer Erhöhung der Erwerbstätigkeit nicht um Steuern handelt, sondern um Betreuungskosten. Darüber muss gesprochen werden. Auch Adil Koller kann das Argument nicht verstehen, weshalb eine Diskussion über den Steuertarif in irgendeiner Form sachfremd sein sollte. Es kann gerne nachgelesen werden, was Bundesrätin Karin Keller-Sutter zu diesem Thema gesagt hatte. Sie hat nämlich vorgeschlagen, den Steuertarif zu erhöhen, und zwar leicht für die ganz hohen Einkommen. Dies ist auch nötig, weil sonst die Ausfälle noch höher wären als CHF 1 Mrd., die das aktuelle Gesetzesprojekt vorsieht. Es sind Milliardenausfälle in Zeiten, in denen davon gesprochen wird, dass der Bundeshaushalt schrumpfen muss, dass zusammengespart werden muss und weniger Geld in die Bahninfrastruktur investiert werden soll (Adil Koller findet es aber natürlich wichtig, dass da weiterhin investiert wird). Solche Ausfälle in diesen Zeiten sind nicht verantwortungsvoll und Ronja Jansens Antrag ist sinnvoll. Wenn man schon nach Bern die Botschaft sendet, der Kanton wolle eine Individualbesteuerung, dann kann man auch gleich den groben Rahmen abstecken. Der Antrag gibt keine Steuertariftable vor, sondern sagt nur, dass es im Ganzen zu keinen grossen Ausfällen kommen darf. Ein Vorschlag mit Ausfällen käme schnell unter Beschuss und würde auch in einer Volksabstimmung nicht unbedingt zu einer Mehrheit führen, weil das Geld andernorts eingespart werden müsste.

**Stefan Degen** (FDP) gibt bekannt, dass er nicht verheiratet sei, im Konkubinat lebe, und somit vermutlich auch kein Profiteur des neuen Systems wäre. Er findet es aber trotzdem wichtig, obwohl er und seine Partnerin vermutlich mehr Steuern bezahlen müssten. Es gibt in Baselland zwei Tabellen, wobei die eine verschwinden würde, was zur Steuererhöhung führen wird. Man muss deshalb auch nicht die Sätze ändern.

Es ist dem Votanten bewusst, dass es auch um Kinderbetreuung geht, wie Adil Koller ausgeführt hatte. Die ganze Konstellation wird dazu führen, dass gewisse Leute nicht arbeiten gehen werden. Das ist kein schlechtes Menschenbild, Ronja Jansen, sondern es ist bewiesen, dass Personen aufgrund verschiedener Faktoren, wozu auch die Steuern gehören, nicht mehr arbeiten möchten. Am Schluss ist es immer ein Abwägen, was einem mehr wert ist. Gerät dies aus dem Gleichgewicht, führt das dazu, dass weniger gearbeitet wird oder die Leute früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden – und dies in einer Zeit, in der man dringendst auf Arbeitskräfte angewiesen ist.

**Tim Hagmanns** (GLP) Herz schlägt für alle Voten, die er bisher gehört hat. Es wird hier keine Bundespolitik gemacht, und damit ist er ganz bei Peter Riebli. Es wird hier viel Zeit investiert in ein Thema, das sich ohnehin nicht beeinflussen lässt. Sie wäre anderswo besser investiert, insbesondere in zukünftige Debatten. *[Klopfapplaus]*

**Saskia Schenker** (FDP) beginnt mit einer kurzen Replik auf Ronja Jansen, die gesagt hatte, die Steuerbelastung habe keinen grossen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit der Frauen. Dem ist ganz

klar zu widersprechen. Das ist überhaupt der Grund, weshalb man die Individualbesteuerung möchte. Denn diese hat in der Tat einen grossen Einfluss. Adil Koller hat richtig darauf hingewiesen, dass die Heiratsstrafe und die Zweitverdienerstrafe eine Rolle spielen, er hat aber auch gefragt, ob es sich lohne, mehr zu arbeiten, wenn es um die Kosten für Kinderbetreuung geht. Die FDP wollte deshalb schon immer beide Themen angehen. Die ganze Vorstossserie im Zusammenhang mit einer Gesamtauslegeordnung in Sachen familienexterner Kinderbetreuung hatte sie deshalb unterstützt. Ein entsprechendes Projekt ist am Laufen. Es kann aber nicht sein, dass mit der Ausrede der Kinderbetreuung das Projekt hier erschwert wird, indem die Ergänzung eingefügt wird, dass die Individualbesteuerung aggregiert zu keinen Steuerausfällen führen soll. Laura Grazioli hatte sehr gut erklärt, dass, wenn man das System ändern und einen Erwerbsanreiz setzen möchte für jene Frauen, für die es sich heute effektiv nicht lohnt, es zu gewissen Steuerminderungen kommen wird. Das nationale Parlament wird das austarieren und diskutieren. Mit der voreiligen Integration einer solchen Vorgabe würde jedoch das Gesamtprojekt gefährdet. Dies wäre aber nicht im Interesse gerade der SP. In der Kommissionsdebatte, die sehr gut war, kamen alle Mitglieder ganz klar zum Schluss, dass keine weiteren Vorgaben gemacht werden sollen. Es soll vielmehr beim Grundsatz zugunsten eines besseren Erwerbsanreizes gerade für Frauen bleiben.

**Florian Spiegel** (SVP) möchte noch einmal auf den Inhalt der Standesinitiative zu sprechen kommen. Dort steht nämlich, dass man ein Zeichen nach Bern senden und die Bundesversammlung dazu einladen möchte, durch Änderung der Gesetzgebung eine Individualbesteuerung einzuführen. Das ist der Kern der Botschaft. Es hat geheissen, eine Standesinitiative sei das Papier nicht wert, auf der sie gedruckt ist. Das mag sein, wenn es bei einem Kanton bleibt. Es geht aber um die Botschaft und darum, mit dem Gewicht mehrerer Kantone den Druck auf Bern aufrecht zu erhalten. Wenn man die Geschichte der entsprechenden Vorstösse betrachtet, sieht man, dass sich das Parlament dazu mehrfach deutlich geäussert hat. Das ist auch der Grund, weshalb die Kommission findet, dass am Vorstoss festzuhalten sei und man ihn nicht mit zusätzlichen Forderungen überladen soll. Am Schluss wurde jedoch genau das getan und über ein auf Bundesebene angesiedeltes Gesetz eine halbe Vernehmlassungsdebatte geführt. Das ist systematisch falsch. Deshalb beantragt der Votant aus Sicht der Kommission, dem abgeänderten Antrag der Kommission zuzustimmen.

://: Mit 60:24 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Änderungsantrag der SP-Fraktion zum Wortlaut abgelehnt.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 65:23 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

### **Landratsbeschluss**

### **betreffend Standesinitiative Individualbesteuerung – endlich Gleichstellung im Steuerrecht**

vom 31. August 2023

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

1. *Die Standesinitiative betreffend «Individualbesteuerung – endlich Gleichstellung im Steuerrecht» wird mit folgendem modifizierten Wortlaut beschlossen:  
 «Die Bundesversammlung wird eingeladen, durch Änderung des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG) als auch des Bundesgesetzes vom 14. De-*

*zember 1990 über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) eine Individualbesteuerung einzuführen. Diese soll möglichst für alle betroffenen Personen und Steuerbehörden eine Vereinfachung mit sich bringen».*

2. *Die Motion Nr. 2020/541 wird als erfüllt beschrieben.*
  3. *Das Postulat Nr. 2023/164 wird als erfüllt beschrieben.*
-